

12.17

Bundesrätin Dr. Heidelinde Reiter (Grüne, Salzburg): Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Werte Kollegen und Kolleginnen! Wir werden diesen Bericht auch nicht zur Kenntnis nehmen, allerdings nicht wegen des Vorwortes, sondern aus inhaltlichen Gründen, wobei ich nur einiges anführen möchte.

Zum Beispiel EFSI: In dieses Programm werden ja viele Hoffnungen gesetzt, es soll in der Zukunft als Turbo für die Wirtschaft dienen. Aber wenn man liest, was da tatsächlich in Österreich geschieht, dann ist es mit diesem Turbo eigentlich vorbei. Es fehlen nachhaltige Investitionen bei den Projekten, die nominiert werden, die Investitionen, die „Green Jobs“ schaffen würden.

Die nominierten Projekte sind von erschreckend schlechter Qualität, teilweise auch kontraproduktiv unter dem Gesichtspunkt Klimawandel und Jobs. Ein Beispiel ist der Gitzentunnel in Salzburg, ein Umfahrungstunnel, also sicher nicht innovativ oder neu. Es ist auch weder der Vorlauf für den Verkehr noch der hintere Teil geklärt, und sicher bringt es eines nicht, nämlich eine nachhaltige Entlastung des Luftsanierungsgebietes in dem Bereich der Nordautobahn. Oder die zweite Röhre für den Karawankentunnel, für eine Verkehrsfrequenz, die das schlicht und einfach nicht rechtfertigt. (*Bundesrat Dörfner: Falsch! Sicherheit ist wichtig!*)

Oder der Breitbandausbau: Auch das ist ja natürlich nicht abzulehnen, sondern ein notwendiges Projekt, aber daran ist nichts **neu**. Also das müsste endlich in die Umsetzung gehen. Was aber uns besonders fehlt, ist, dass es keinen Turbo für die Erneuerbaren, für die Effizienz und so weiter gibt. Da fehlen auch die entsprechenden Projekte.

Ein Beispiel, weil hier schon erwähnt wurde, dass wir solche Dinge brauchen: die 380-kV-Leitung. Diese Technik ist wirklich altvaterisch. Man setzt da 500 Riesenmasten mit einem Leitungsvorhang dazwischen in die Landschaft hinein, in Naturschutzgebiete und auch andere Gebiete, notwendigerweise auf der Länge der Leitung. Man lehnt es schlicht und ergreifend ab, sich in diesem Bereich mit innovativeren Projekten zu beschäftigen und hierbei vielleicht Vorreiter zu sein, einen Leitungsausbau zu bewerkstelligen, der effizienter ist und nicht derartig umweltschädlich, landschaftsverbrauchend und so weiter. Stattdessen hängt man an dieser Uralt-Technologie und führt dazu die entsprechenden Genehmigungen durch. Von Innovation gibt es keine Spur. Das ist aus meiner Sicht der Hauptvorwurf in diesem Bereich. (*Beifall bei den Grünen.*)

Binnenmarkt und KMU: Die grundsätzliche Zielrichtung ist begrüßenswert, aber in vielen Fällen handelt es sich bei dem, was da drinsteht, um wirklich inhaltlose Lippenbekenntnisse, beziehungsweise wird so manches auch durch aktuelle Handlungsweisen konterkariert, blicken wir beispielsweise auf die gegenwärtigen Diskussionen um die Grenzschließungen. Es gibt weder weitreichende noch konkrete Maßnahmen, COSME ist wirklich der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein. Dabei ist bekannt und wird auch zitiert, dass eine ambitionierte Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie zum Beispiel zu einer Steigerung des BIP für Österreich um 0,2 Prozent führen würde. Das findet aber in der konkreten Politik keinen Niederschlag. Das Gegenteil ist der Fall, wenn wir uns Entsenderichtlinien, die Starre bei der Gewerbeordnung und Ähnliches vor Augen führen. Dass es bei den Rauchfangkehrern jetzt eine Reform gegeben hat, ist schlicht und ergreifend zu wenig.

Angeführt wird in diesem Zusammenhang die Gründerland-Strategie, dazu wird es auch einen Bericht geben, wir sind schon neugierig darauf. Aber das, was in dem Bericht steht, klingt bei der derzeitigen Situation eigentlich zynisch: „Durch ein konzertiertes EU-Handeln wird hier zusätzlicher Mehrwert und Anschub, insbesondere für junge KMU und Start-Ups, erwartet.“

Dass wir derzeit unter diesen Bedingungen zu einem konzertierten EU-Handeln kommen werden, bezweifeln wir.

Leider werden die Zielvorgaben für die Exportquoten den Zuständen angepasst, das heißt, massiv gesenkt. Ich glaube, es ist uns klar, dass die KMUs der Schlüssel zum österreichischen Arbeitsmarkt und zum österreichischen Wohlstand sind und dass EPU's die Basis der Gründungsszene sind. Es muss uns auch klar sein, dass diese kein zeitlich begrenztes Phänomen sind. Da sehen wir schlicht und ergreifend massiven Handlungsbedarf – das wurde schon angemerkt – in der Entbürokratisierung, in einem Vereinfachen des Arbeitens für diese Unternehmen, für Förderungen, die ökologisch und dieser Kleinstruktur auch entsprechend angepasst sind.

Es geht natürlich darum, dass Unternehmen und Unternehmer entlastet werden müssen, dass es Erleichterungen im Steuersystem geben muss und dass aber eben auch gerade die soziale Absicherung der EPU's reformiert werden muss.

Noch kurz zum Thema Energie, weil das auch von einem Vorredner angeschnitten wurde: Da agiert man nach wie vor so, als hätte es das Pariser Abkommen nicht gegeben. Nach wie vor wird Gas – einem fossilen Energieträger, auch noch besonders klimawirksam aufgrund der hohen CO₂-Last, die Methan tatsächlich bedeutet – eine prominente Stellung eingeräumt, und man geht unter dem Titel Versorgungssicherheit

in den Ausbau der Infrastruktur für Gas. Man hat dieses Geld nur ein Mal. Versorgungssicherheit kann nur bedeuten, möglichst schnell die Abhängigkeit zu reduzieren und in den Ausbau von Erneuerungen und dezentraler Energie zu gehen, aber nicht wieder massiv in die Infrastruktur zu investieren.

Es wird von der Bundesregierung nach wie vor der Mythos genährt – leider auch in diesem Bericht –, dass eine ambitionierte Klima- und Energiepolitik dem Industriestandort Österreich schade und dass die hohen Energiekosten ein Problem für die Wirtschaft wären. Werte Kolleginnen und Kollegen, dann müsste sie ja jetzt boomen, so niedrig waren die Energiekosten schon lange nicht mehr! – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Das ist ein Mythos, und diese Korrelation gibt es in dieser Form nicht. Leider werden die derzeit niedrigen Energiekosten nicht genutzt, um durch Energiesteuern entsprechend umzusteuern. Es gäbe gegenwärtig natürlich die Gelegenheit, das zu tun, die wird aber nicht genutzt. Lieber bleibt man bei diesem Mythos.

Zum Energiebinnenmarkt: Da hat die Kommission den nächsten Schritt im Vertragsverletzungsverfahren wegen mangelhafter Umsetzung der Energiebinnenmarkt-Richtlinie gesetzt. Im Bericht ist leider nichts zu einer Lösung dieser Causa zu finden.

Noch kurz zu TTIP, auch das ist ein Mythos: dass der Handel das Wachstum herbeiführt und dadurch eine Form des Freihandels entsteht, wodurch Wachstum, Wohlstand und Jobs geschaffen würden. Selbst Experten – und ich war bei einem Symposium in Salzburg, wo sich europaweit Experten getroffen haben – waren sehr vorsichtig im Umgang mit der Frage, ob dadurch überhaupt ein Wachstum entsteht, in welchem Maß dieses für uns herbeigeführt werden kann und ob das darin resultieren würde. Für unsere KMUs ist es eine Bedrohung, denn alles, was in diesem Bereich reguliert wird oder worüber gesprochen wird, betrifft große und größte Unternehmen und nicht die KMUs. (*Bundesrat Pisek: Das stimmt aber nicht!*) Allein, wenn man sich die Zugänglichkeit zum Rechtssektor vorstellt – die KMUs können sich das ja gar nicht leisten, entsprechend einzusteigen. (*Bundesrat Pisek: Der Welthandel ist ein Hauptindikator für das Wirtschaftswachstum!*)

Die KMUs und insbesondere die Landwirtschaft – und da verstehe ich Sie überhaupt nicht, Kollege Tiefnig – sind durch diese Abkommen massiv gefährdet! Nehmen Sie nur die Herkunftsbezeichnungen bei CETA: 15 Herkunftsbezeichnungen, die in Europa noch gelten, drei haben wir bei CETA durchgebracht – drei von 15.

Also gerade für KMUs und unsere Landwirtschaft halten wir das für eine massive Bedrohung, und die positiven Effekte halten wir für einen Mythos, der eigentlich schon von NAFTA und ähnlichen Abkommen konterkariert wurde. Aber da wird sich noch die Gelegenheit ergeben, das eingehender zu debattieren. – Danke. *(Beifall bei den Grünen und bei Bundesräten der SPÖ.)*

12.27

Vizepräsident Mag. Ernst Gödl: Als Nächster gelangt Herr Bundesrat Schennach zu Wort. – Bitte.